

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15

## Inhalt

**Uwe Jens** wirft Kanzler Helmut Kohl vor, es mangle ihm an Gestaltungskraft zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit.

Seite 1

**Joachim Poß** wirft Unionsfraktionschef Wolfgang Schäuble vor, als Ersatz für die Gewerbesteuer die Lohn- und Einkommenssteuer um 30 Milliarden erhöhen zu wollen.

Seite 2

**Cornelia Sonntag** fordert einen generellen Abschiebestopp für KurdInnen und Kurden in die Türkei.

Seite 3

**Dokumentation**  
Offener Brief der Friedenskampagne für Nordkurdistan (Türkei) an die Innenministerkonferenz in Magdeburg.

Seite 3

49. Jahrgang / 224

24. November 1994

### Kohl fehlt es an Gestaltungskraft zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit

Zu den wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Bundeskanzlers

Von Professor Dr. Uwe Jens MdB  
SPD-Wirtschaftspolitiker

Wieder einmal versucht Helmut Kohl, der Republik Sand in die Augen zu streuen. Die Konjunktorentwicklung wird schönegeredet, die Schwächen des Standorts Deutschland verharmlost. Die Mahner, von BDI über die Gewerkschaften bis hin zu unabhängigen Forschern aus dem Ausland werden gar nicht mehr wahrgenommen, die bisherige klammheimliche Freude über den Druck der Massenarbeitslosigkeit auf Gewerkschaften und Löhne ist natürlich angesichts der Mahnungen der Kirchen nicht mehr zeitgemäß. Es muß also etwas geschehen, aber es darf nichts passieren. Deshalb wird Aktivismus vorgegaukelt, wo es tatsächlich an Gestaltungskraft fehlt: ein Zukunftsministerium, das nicht einmal genug Geld für seine Altlasten hat, geschweige denn für strategische Innovationsförderung; ein Technologierat als Kanzlerverein, der zwar nett parlieren kann, dem aber angesichts der Impotenz von "Rüttgers-Club" der operative Unterbau fehlt.

Kohl versucht, durch Verlagerung der Politik in Bundesrat und Wirtschaftszirkeln die Schwächen seiner Koalition verschleiern. Die Massenarbeitslosigkeit verträgt keine Politik des Aussitzens. Sozialstaat und Rente, Wachstum und internationale Wettbewerbsfähigkeit sind schon jetzt in höchster Gefahr. Nicht die ferne Zukunft der Forschung ist unser Problem, sondern die unmittelbare Zusammenführung aller Kräfte zu einem Pakt für qualitatives Wachstum und Beschäftigung. Was wir brauchen, ist eine auf mittlere Sicht angelegte Koordinierung der hauptsächlich wachstumsrelevanten Politikbereiche:

1. Ein Investitionsprogramm für die Modernisierung der Infrastruktur in Anlehnung an das EU-Weißbuch;
2. ein Investitionsprogramm zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere des Mittelstandes;
3. eine Abstimmung von Finanz-, Einkommens-, Geld- und Währungspolitik zur Schaffung eines wachstums- und beschäftigungsgerechter Rahmenbedingungen;
4. eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die flankierend Langzeitarbeitslosigkeit abbaut.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verantwortlich für den Inhalt:  
Rudolf Schwinn



Die deutsche Wirtschaft läuft schon mittelfristig Gefahr, durch Aufwertungen zu verlieren, was durch Lohnzurückhaltung und Rationalisierung in den letzten Jahren gewonnen wurde. Angesichts der Schwächen Deutschlands auf technologischem Gebiet ist die Erschließung neuer Märkte außerhalb Europas eine Existenzfrage. Ohne Koordinierung aller beschäftigungs- und wachstumsrelevanten Elemente ist dies nicht zu erreichen. Gelingt das nicht, droht der Bruch der Grundlagen des Wohlstandes, des sozialen Konsenses. Darauf hat der Sachverständigenrat nachdrücklich hingewiesen. Wenn diese Gefahr gebannt werden soll, brauchen wir einen aktiven Staat, eine reformierte staatliche Verwaltung, die operativ in der Lage ist, moderierend und fördernd Investitionen in neuen Bereichen voranzubringen und die Zusammenführung aller Kräfte und Gruppen in einem Pakt für Wachstum und Beschäftigung zu organisieren.

(-/24. November 1994/jr/ks)

\*\*\*\*\*

### **30 Milliarden DM Steuererhöhung bei der Lohn- und Einkommensteuer als Ersatz für die Gewerbesteuer**

Zum Vorschlag des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Schäuble

Von Joachim Poß MdB

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Schäuble hat bestätigt, daß er die Lohn- und Einkommensteuer für alle Bürger erhöhen will, um den Steuerausfall durch die in den Koalitionsvereinbarungen vorgesehene Abschaffung der Gewerbesteuer auszugleichen. Da die Gewerbesteuer netto 30 Milliarden DM<sup>1)</sup> jährlich erbringt, bedeutet dies im Klartext:

#### **Die Lohn- und Einkommensteuer soll um 30 Milliarden DM jährlich angehoben werden!**

Angesichts eines Aufkommens an Lohn- und Einkommensteuer von zusammen 342 Milliarden DM (1996) würde eine Erhöhung um 30 Milliarden DM eine Anhebung um 8,8 Prozent bedeuten. Dies ist für die Bürger eine noch größere Steuererhöhung als der zum 1. Januar 1995 nach dem Willen der Bundesregierung in Kraft tretende Solidaritätszuschlag für alle von 7,5 Prozent.

Damit zeigt sich schon wenige Wochen nach der Bundestagswahl, daß alle vor der Bundestagswahl abgegebenen Versprechungen, die Steuern würden über die bereits beschlossenen Maßnahmen hinaus nicht erhöht, nichts wert sind. Nach dem Willen Schäubles soll die Steuer- und Abgabenbelastung der Durchschnittsverdiener, die ohnehin die einmalige Rekordhöhe von 48,7 Prozent (1996) erreicht, sogar die Schmerzgrenze von 50 Prozent deutlich überschreiten. Und dies nur, um neue milliardenschwere Steuergeschenke an die kleine Zahl der gewinn- und kapitalstarken Großunternehmen verteilen zu können.

Schaubles Steuererhöhungsoperation für die große Zahl der normalverdienenden Arbeitnehmer und auch der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden und Selbständigen stößt auf den entschiedenen Widerstand der SPD. Auch das Bundesfinanzministerium hat bereits vor Jahren derartige Modelle geprüft und verworfen. Dafür war unter anderem auch die enorme weitere Komplizierung des Steuerrechts bei einem Hebesatz der Gemeinden auf die Lohn- und Einkommensteuer maßgebend. Die Unternehmen müßten zum Beispiel für ihre Arbeitnehmer eine unterschiedlich hohe Lohnsteuer einbehalten, je nachdem, in welcher Gemeinde der einzelne Arbeitnehmer wohnt und welchen Hebesatz diese Gemeinde anwendet.

Ich fordere den Bundeskanzler auf, sich umgehend von den Steuererhöhungsplänen des Herrn Schäuble zu distanzieren und auch Bundesfinanzminister Waigel zurückzupfeifen, der sich vorschnell diese Pläne zu eigen gemacht hat. Der Bundeskanzler gerät sonst in Gefahr, auch seine Amtszeit mit einer Steuerlüge zu beenden.

(-/24. November 1994/jr/ks)

<sup>1)</sup> Gewerbesteuer-Aufkommen laut letzter Steuerschätzung: 47,5 Milliarden DM (1996), 52,4 Milliarden DM (1997), 56 Milliarden DM (1998). Da die Gewerbesteuer bei der Einkommen-

und Körperschaftssteuer abzugsfähig ist, verbleibt per Saldo nach Angaben des Bundesfinanzministeriums ein Nettoaufkommen von rund 30 Milliarden DM jährlich.

\*\*\*\*\*

### Genereller Abschiebestopp für Kurdinnen und Kurden aus der Türkei Zur Situation kurdischer Flüchtlinge aus der Türkei

Von Cornelia Sonntag MdB

Ich fordere Bundesinnenminister Manfred Kanther auf, jetzt endlich grünes Licht für einen generellen Abschiebestopp für kurdische Flüchtlinge aus der Türkei zu geben.

Im Frühjahr haben die Innenminister der meisten Bundesländer einen sechsmonatigen Abschiebestopp erlassen. Diese Regelungen drohen jetzt auszulaufen, wenn der Bundesinnenminister nicht sein Einverständnis für eine Verlängerung erteilt.

Grund für das vorgehen der Landesinnenminister waren alarmierende Meldungen über die Unterdrückungspolitik der türkischen Regierung, die inzwischen alle sich zu ihrer Volkszugehörigkeit bekennenden Kurden erfaßt. Eine Besserung ist seitdem nicht eingetreten. Im Gegenteil: Es häufen sich aus verlässlichen Quellen Berichte über brutale Militäraktionen in den kurdischen Siedlungsgebieten, über Folter, über Menschenrechtsverletzungen im allgemeinen. Es kann auch keine Rede davon sein, daß für Kurden eine sogenannte inländische Flüchtlialternative - etwa in der Westtürkei - bestünde. Das belegen die zahlreichen besorgniserregenden Expertenberichte. Es wäre auch weltfremd anzunehmen, daß der lange Arm des türkischen Sicherheitsapparates nicht sogar bis in die entlegenen Winkel des Landes reicht.

Nichts sehen, nichts hören, nichts tun - so hat sich Bundesinnenminister Kanther hierzu bisher verhalten. Er wurde und wird dabei übereifrig sekundiert von Bayerns Innenminister Beckstein. Der Bundesinnenminister war auch nicht in stande, in Verhandlungen mit der türkischen Regierung die Gewähr dafür zu erhalten, daß zurückkehrende Flüchtlinge sicher vor Verfolgung und Folter sein können.

Ich appelliere an die beiden Herren, endlich Augen, Ohren und Herz (!) zu öffnen. Stellen Sie sich der Mehrheit der Innenminister nicht länger in den Weg. Geben Sie den Weg frei für einen allgemeinen Abschiebestopp! Die am Freitag stattfindende Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern ist hierfür der geeignete Anlaß.

(-/24. November 1994/fr/ks)

\*\*\*\*\*

## DOKUMENTATION

### Abschiebestopp für Kurden, Christen und Yeziden aus der Türkei

Offener Brief der Friedenskampagne für Nordkurdistan (Türkei) an die Innenminister der Länder und den Bundesinnenminister anläßlich der IMK in Magdeburg

Sehr geehrte Herren Innenminister,

anläßlich der Innenministerkonferenz am 24./25. November in Magdeburg möchten wir als Organisationen, die sich zusammengeschlossen haben, um ein Ende des Krieges in der Türkei zu erreichen, Sie dringend um den Erlaß eines bundesweiten Abschiebestopps für hierher geflüchtete Menschen aus der Türkei bitten.

Einzelne Bundesländer haben angesichts des eskalierenden Krieges in der Türkei im Frühjahr diesen Jahres bereits einen Abschiebestopp für kurdische, christliche und yazidische Flüchtlinge erlassen, der aber ab 20. November zum Beispiel in Rheinland-Pfalz und Hessen beendet wurde. Nun herrscht wieder Angst unter den abgelehnten Asylbewerber/innen, da eine Abschiebung in die Türkei jederzeit möglich ist.

Leider hat sich die Menschenrechtssituation in der Türkei im letzten halben Jahr nicht verbessert, sondern massiv verschlechtert. Im Moment befindet sich der Krieg gegen die kurdische Bevölkerung mit der Herbstoffensive des türkischen Militärs auf dem Höhepunkt.

Nach Angaben des türkischen Menschenrechtsvereins wurden von Januar bis August diesen Jahres 1.254 kurdische Dörfer von Spezialeinheiten und dem Militär ausgebombt, niedergebrannt, zerstört und vermint. 414 Menschen sind in der gesamten Türkei in den letzten acht Monaten im Polizeigewahrsam "verschwunden" oder durch Folter und extralegale Hinrichtungen getötet worden. 230 Menschen wurden von "Unbekannten" in der gesamten Türkei verstümmelt, gefoltert und ermordet. 100 Schriftsteller, Journalisten, Verleger, Wissenschaftler, Künstler und Gewerkschafter saßen Ende August in türkischen Gefängnissen.

Die demokratische kurdische und türkische Opposition wird systematisch durch das Anti-Terror-Gesetz angeklagt und durch hohe Haftstrafen kriminalisiert und politisch mundtot gemacht. Der Prozeß gegen die acht kurdischen Parlamentsangehörigen stellt nur die Spitze des Eisbergs der "legalen" Verfolgung der oppositionellen Menschen dar, die zudem ständig von Todesschwadronen bedroht sind, wie allein die Ermordung von mittlerweile 101 Politikern der kurdischen HADEP-Partei und ihrer Vortäufelparteien in der Türkei zeigt.

Hunderte von Menschen sind auch in westtürkischen Großstädten wie Ankara, Istanbul und Izmir "verschwunden". Aus Deutschland abgeschobene Asylbewerber/innen werden nach Ankunft am Flughafen in Ankara und Istanbul sofort festgenommen und zu ihren Kontakten in Deutschland "verhört". Von einigen dieser abgeschobenen und verhafteten Menschen haben wir Kenntnis bekommen durch Anrufe ihrer Angehörigen. Uns sind weiterhin mehrere Fälle von abgeschobenen, dann gefolterten und mittlerweile wieder hier in Deutschland lebenden Asylbewerber/innen bekannt.

Wegen der Gewalteskalation fordern selbst türkische Minister, wie der türkische Außenminister Soysal Ende Oktober, ein Ende der Menschenrechtsverletzungen. Angesichts dieser offiziellen Stellungnahmen von hochrangigen Politikern der Türkei, die massive Menschenrechtsverletzungen in der gesamten Türkei bezeugen, sollten nun in Deutschland die entsprechenden Schutzvorkehrungen und ein Abschiebestopp für Flüchtlinge aus der Türkei getroffen werden. Möglich wäre dies auch über den Erlass einer erweiterten Altfallregelung bundesweit, die auch Kurd/innen umfaßt, deren Verfahren bereits beendet sind.

Eine entsprechende Regelung durch die Innenministerkonferenz würde nicht nur die Angst der betroffenen Menschen lindern, sondern auch unseren höchsten Verfassungsgütern, der Genfer Flüchtlingskonvention sowie einem humanen Rechtsstaat entsprechen. Sie wäre ein Anlaß zur Hoffnung für eine Gesellschaft, die die Rechte und die Würde aller Menschen achtet.

Freundliche Grüße

i.A. Ingrid Rössel-Marxsen (Pax Christi) und Manfred Stenner (Büro Netzwerk Friedenskooperative)

(-/24. November 1994/jr/ks)

\*\*\*\*\*